

Merkels zweite Welle

Migration: Aus der Flüchtlingskrise 2015 hat die Bundesregierung nichts gelernt.

Michael Paulwitz

Es ist ein Déjà-vu. Sehenden Auges wiederholt Bundeskanzlerin Angela Merkel, unterstützt von beflissenen Souffleuren wie dem bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder, den Willkommensputsch von 2015. Die einseitige Erklärung der Bundesregierung, zunächst 150, dann 2.750 und dann die restlichen Migranten aufgeteilt unter willigen EU-Staaten aus dem griechischen Auffanglager Moria auf der Insel Lesbos aufnehmen zu wollen, ist das „Wir schaffen das“ des Jahres 2020.

Alle Zutaten, die schon vor fünf Jahren die Migrationskrise zur Sprengladung für Deutschland und Europa gemacht haben, sind wieder da: das dröhnende Propaganda-Trommelfeuer einer gut geölten Lobby-Maschinerie, das bereitwillige Nachgeben der Politik vor dem selbst aufgebauten Druck unter Mißachtung geltenden deutschen und europäischen Rechts und der herrische Moralimperialismus, mit dem die deutsche Regierung die europäischen Partnerländer überrumpelt und deren legitime Interessen beiseite wischt.

Den Auslöser – die mitleidheischenden Bilder von durch Brandstiftung obdachlos gewordenen Migranten im überfüllten Lager Moria – lieferte eine abgeschmackte Inszenierung. Die Medienberichterstattung bedient sich derselben manipulativen Methoden wie während des Asylansturms vor fünf Jahren: Familien, weinende Kinder und klagende Mütter dominieren Reportagen, Presse- und Fernsehbilder, während das Gros der Einlaß begehrenden Migranten in den griechischen Auffanglagern fraglos weiterhin aus jungen Männern im wehrfähigen Alter besteht.

Die Krisen-Choreographie sowohl in Deutschland als auch auf den griechischen Inseln wirft ein grelles Schlaglicht auf die unheilvolle politische Macht sogenannter Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Die professionellen Asyl-Lobbyisten – gut organisiert, politisch und medial bestens vernetzt und nicht selten auf verschlungenen Pfaden mit reichlich Steuergeld versorgt – spielen sich mit ihren Fürsprechern und Verbündeten in Parteien und Redaktionen rasant die Bälle zu.

Zwei Tage nach der „Wir haben Platz!“-Scharade vor dem Reichstagsgebäude mit dreizehntausend leeren Stühlen zünden Migranten in Moria offenkundig selbst ihre Unterkünfte an, um Druck zu machen für ihre Weiterreise in den deutschen Sozialstaat – da mag an Zufall glauben wer will angesichts der hohen Dichte an Asylorganisationen, deren Vertreter sich auf der griechischen Insel als Betreuer der „Flüchtlinge“ drängeln, gegenüber der internationalen Öffentlichkeit die griechische Regierung diskreditieren und die „unhaltbaren Zustände“ in düstersten Farben malen.

Spitzenpolitiker von Grünen, SPD und Linke greifen die Forderung nach sofortiger Aufnahme ihrer Schützlinge auf. Das mediale Echo vervielfältigt sich und erzeugt die erwünschten Stimmungslagen und Umfrageergebnisse. Stimmen aus Union und FDP reihen sich ein, und am Ende tritt die Kanzlerin als Weltenretterin auf den Plan und verkündet die „einmalige“ Rettung aus vermeintlich unerträglicher Not. So weit, so absehbar und so frappierend die Parallelen zum Grenzöffnungscoup von 2015.

2015 war es Ungarn, das an den Pranger gestellt wurde, weil es die sich stauenden Migrantenmassen angeblich unmenschlich behandle, weswegen, so die Erzählung, der Moralgroßmacht Deutschland gar nichts anderes übriggeblieben sei, als selbst die Tore zu öffnen. Heute wiederholt sich das Schmierenspiel mit Griechenland.

Die NGOs, die Moria und andere griechische Aufnahmelager seit geraumer Zeit wie Besatzungstruppen belagern, sabotieren die Asylpolitik der griechischen Regierung, indem sie alle Migranten in ihrer Weigerung, in Ersatzlager umzuziehen, bestärken. Aber auch die moralisierende Einmischung der deutschen Regierung ist in Athen nicht gern gesehen. Zu Recht fürchtet man, daß weitere Lager brennen und in Chaos und Anarchie versinken, sollte die Erpressung von Moria Schule machen.

Zudem wäre eine Evakuierung der Moria-Migranten geradezu eine Ermunterung für den türkischen Präsidenten Erdogan, postwendend weitere Migrantenströme in Marsch zu setzen, um den Druck auf den verhaßten Nachbarn zu erhöhen. Wer aus der sicheren Türkei übers Mittelmeer nach Griechenland übersetzt, flieht nicht vor unmittelbarer Verfolgung, sondern hofft auf noch bessere Verhältnisse in Europa.

Mit seinem humanitären Maximalismus ist Deutschland in Europa weitgehend isoliert. Nur wenige Länder haben sich zögerlich und mit symbolischen Kontingenten dem deutschen Aufnahmepressur angeschlossen. Österreich widersetzt sich offen der Erpressung; man werde dem deutschen Weg „nicht folgen“, erklärt Bundeskanzler Sebastian Kurz klipp und klar.

Indem die deutsche Bundesregierung die deutsche EU-Ratspräsidentschaft moralimperialistisch mißbraucht, um eine „europäische Lösung“ zur Verteilung illegaler Migranten zu erzwingen, vertieft sie den Graben, den sie mit ihrem Alleingang von 2015 durch die EU gezogen hat. Die Briten haben vor diesen Zumutungen bereits die Flucht ergriffen; man darf gespannt sein, wer sich als nächstes verabschiedet.

Deutschland hat den Asylansturm von 2015 noch lange nicht verkraftet. Der Rechtsbruch dauert an. An den finanziellen und gesellschaftlichen Folgen, dem Verlust von Ordnung und Sicherheit tragen die Bürger bis heute schwer.

Die mutwillig, zum Teil von denselben Akteuren mit nahezu identischen Argumenten vom Zaun gebrochene zweite Welle droht dieses Land vollends zu überfordern. Der Wille zur Selbsterhaltung veranlaßt die Nachbarn, sich diesem fatalen Sonderweg der Deutschen zu entziehen und mit Schauern Zeuge zu werden, wie ein einst

prosperierendes Land sich im Rausch der Hypermoral und im Griff einer selbstbezogenen und realitätsblinden Migrationsideologie mit rasender Geschwindigkeit selbst abschafft.

Lebensschutz und Familienpolitik

Wieder der Kernfrage widmen

Dieter Stein

Was ist eigentlich das größte Problem unserer Gesellschaft? Ist es Feinstaub, Klima, Corona oder Mikroaggressionen gegen 5.000 Geschlechter, die durch verfeinerte Antidiskriminierungsmaßnahmen aufzuheben sind? Es sind alles Nebenkriegsschauplätze.

Das Kernproblem, mit dem wir in Deutschland und nahezu allen industrialisierten Staaten zu kämpfen haben, ist die Weigerung oder das Unvermögen eines namhaften Teils der Bevölkerung, dauerhafte Bindungen einzugehen, eine Familie zu gründen und Nachkommen in die Welt zu setzen. Obwohl wir den teuersten Sozialstaat der Welt haben, Krippenbetreuung, Elterngeld, Teilzeitregelungen, Förderung Alleinerziehender, Ganztagsbetreuung – es ändert sich an einer Kurve nichts: Die Zahl der Geburten fällt und fällt.

Ist das ein großes Thema? Nein. Wenn wir Zeitung lesen, Fernsehen schauen und Bundestagsdebatten verfolgen, dann scheint sich an dieser katastrophalen demographischen Entwicklung kaum jemand zu stören. Statt der für die Bestandserhaltung eines Volkes notwendigen Zahl von wenigstens statistisch 2,1 Kindern pro Frau liegt die Rate hierzulande wie in ganz Europa bei 1,4. Die gravierendsten Folgen werden in den nächsten zwanzig Jahren eintreten, wenn die geburtenstarken Jahrgänge ins Rentenalter wechseln.

Findet irgendeine Debatte darüber statt, wie wir junge Menschen dazu ermuntern könnten, rechtzeitig die persönlichen Verhältnisse in den Griff zu bekommen, wozu im Kern gehört, eine Familie zu gründen? Welches Ideal stellen wir ins Zentrum der gesamtgesellschaftlichen Bemühungen? Welche Phantasie verwenden wir darauf, das Ja zu Bindung und Leben zu befördern? Die Wahrheit ist: Wir beschäftigen uns in Politik und Medien tagein, tagaus umfassend mit den Befindlichkeiten von Randgruppen und Minderheiten. Es gibt inzwischen an 31 Universitäten über 200 Professuren für „Gender Studies“, die sich mit der Überwindung traditioneller Geschlechterrollen – und damit der Abschaffung der traditionellen Familie widmen. Eine Kultur des Todes.

Medien investieren ungeheure Energie in die Frage, wie sie sprachlich noch korrekter gendern können, Schulen schickten im vergangenen Jahr 12.500 Jugendliche zu

Workshops, wo sie über Analsex und ihre möglicherweise noch nicht entdeckte Homosexualität aufgeklärt werden. Doch wo ist der Aufschrei über die in grauenhafter Routine Jahr für Jahr hunderttausend im Mutterleib getöteten ungeborenen Kinder?

Daß die Geburtenrate so im Keller ist, ist kein Naturgesetz. Es müssen nur die Prioritäten wieder geradegerückt und die Hierarchie der Werte geordnet werden. Nicht Selbstverwirklichung, sondern Verantwortung für Gemeinschaft sowie die traditionelle Familie und Ehe von Mann und Frau gehören wieder ins Zentrum der gesellschaftlichen Bemühungen.

Verharmlost und vergessen

Linksextremismus: Auf die Gewalt militanter Gruppen folgen meist nur bloße Phrasen

Karsten D. Hoffmann

Zur Erleichterung aller Beteiligten blieb das Wochenende im Leipziger Szene-Stadtteil Connewitz verhältnismäßig ruhig. Eine brennende Barrikade und ein paar illegale Feuerwerkskörper auf einer mäßig besuchten Demonstration des linken Spektrums – das Großaufgebot der Polizei hatte Wirkung gezeigt. Am Wochenende davor hatte dies noch anders ausgesehen, als in drei aufeinander folgenden Nächten 20 Polizeibeamte verletzt und diverse Polizeifahrzeuge beschädigt wurden. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) sagte den Randalierern „den Kampf an“, Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) verurteilte die Gewalt „auf das schärfste“.

Alle paar Monate kommt es in Deutschland zu Ausschreitungen der linken Szene – mal spontan wie in Leipzig, mal geplant und anlaßbezogen wie beim G20-Gipfel in Hamburg und auch als regelmäßiger Termin im Autonomenkalender wie beim 1. Mai in Berlin. Oft werden Polizisten verletzt, manchmal Unbeteiligte. Regelmäßig kommt es zu hohen Sachschäden, und als Reaktion üben sich die Parteien und die politisch Verantwortlichen in immer den gleichen Distanzierungsritualen: Härteres Durchgreifen, Verschärfung von Gesetzen, mehr Polizei. Umgesetzt wird von den Forderungen in der Regel keine, denn drei Tage später spricht niemand mehr darüber.

Der Umgang mit linker Militanz suggeriert zudem, sie wäre nur dann ein Problem, wenn Linksautonome sich Straßenschlachten mit der Polizei liefern. Worüber die Öffentlichkeit kaum spricht, sind die alltäglichen Übergriffe linksgerichteter Gruppen, die nicht von grölenden Menschenmassen ausgehen, sondern geplant und konspirativ ausgeführt werden. Es geht um Angriffe auf Privathäuser mißliebiger Politiker und Beamter, auf Gaststätten, Parteibüros, Firmen, Neubauten, Studentenverbindungen und im Grunde alle, deren Meinung von der militanten Linken nicht toleriert wird.

In den meisten Fällen handelt es sich um Farbangriffe und das Sprühen von Parolen. Das hört sich zunächst banal an, ist es aber nicht. Der Schaden geht oftmals in die Zehntausende, die Angreifer nutzen präparierte Feuerlöscher, um die Farbe möglichst großflächig anbringen zu können. Dabei geht es ihnen noch nicht einmal um den materiellen Schaden. Zurück bleibt immer eine politische Botschaft, die besagt: „Wir sind hier und bereit, dich anzugreifen. Wenn du weitermachst, kommen wir wieder.“

Es bleibt auch nicht bei Farbangriffen. Die nächste Eskalationsstufe sind Brandstiftungen, vornehmlich an Kraftfahrzeugen. Diverse AfD-Politiker wie Frauke Petry, Uwe Junge, Tino Chrupalla, Frank Hansel, Ronald Gläser und Nicolaus Fest waren bereits davon betroffen. Aber auch Journalisten wie Gunnar Schupelius oder Sozialwissenschaftler wie Werner J. Patzelt waren bereits mit dieser Form linker Aggression konfrontiert.

Es sei ja nur „Gewalt gegen Sachen“, argumentieren die Apologeten der militanten Akteure. Aber bei jedem dieser Anschläge besteht die Gefahr, daß die Flammen auf Gebäude oder andere Fahrzeuge überspringen und Menschen zu Schaden oder zu Tode kommen. Im Juni dieses Jahres warnte der Verfassungsschutz, er halte die Entstehung linksterroristischer Strukturen für möglich. Erst in der vergangenen Woche wurde bekannt, daß die linksextremistischen „Revolutionäre[n] Aktionszellen“ (RAZ) Drohbriefe, teils mit scharfer Munition, an mindestens 15 Politiker und Behördenleiter verschickt hatten.

Die Folgen der Angriffe sind bereits seit Jahren sichtbar. Gaststätten stellen ihre Räume aus Angst vor militanten Gruppen nicht mehr für politische Veranstaltungen zur Verfügung. Parteien finden nicht ausreichend Kandidaten. Politiker ziehen sich aus Rücksicht auf ihre Familien aus der Öffentlichkeit zurück. Im Ergebnis werden Menschen in ihrem Wahlverhalten beeinflusst, weil einige Parteien im demokratischen Wettbewerb benachteiligt sind.

Und auch mancher Politiker der etablierten Parteien wird sich angesichts möglicher Vergeltungsaktionen des militanten Spektrums genau überlegen, was er in der Öffentlichkeit sagt und was nicht. Durch die kontinuierliche Beeinflussung des politischen Prozesses konstituiert sich die militante Linke als Gegenmacht zum demokratischen Rechtsstaat.

Politisch motivierte Gewalt ist kein Alleinstellungsmerkmal der militanten Linken. Rechtsextremisten haben in jüngster Vergangenheit weitaus schlimmere Taten begangen als die, die auf das Konto von Linksextremisten gehen. Auch sie schüchtern ihre politischen Gegner damit massiv ein. Aber im Unterschied zu linker Militanz wird rechter Militanz mit großem gesellschaftlichem Engagement begegnet.

Es gibt Hunderte Gruppen, die sich mit Rechtsextremismus befassen, aber nur eine Handvoll, die sich Linksextremismus und linke Militanz zum Thema gewählt haben. Nur ein bis zwei Prozent der Mittel für die Extremismusprävention werden für die

Bekämpfung des Linksextremismus aufgewendet. Und wer in wissenschaftlichen Bibliotheken nach Literatur zum Thema sucht, findet kaum etwas. Viele Abhandlungen stammen von Autoren, die selbst Teil dieser Szene sind, es waren oder ihr zumindest nahestehen. Fest steht: Die Gegenmacht zum demokratischen Rechtsstaat entsteht nicht, weil die militante Linke Anschläge verübt. Sie entsteht, weil die demokratische Gesellschaft ihr nicht entschlossen genug gegenübertritt.

Dr. Karsten D. Hoffmann ist Politikwissenschaftler. Seine Dissertation über die „Rote Flora“ wurde mit dem Preis der Deutschen Hochschule der Polizei ausgezeichnet. Im GHV-Verlag ist kürzlich sein neues Buch „Gegenmacht“ erschienen.

Meinungen sollen gelenkt werden

Einwohnende ohne deutsche Staatsbürgerschaft: Mit einem „Diversity-Landesprogramm“ hat sich Berlin eine neue Sprache gegeben

Ronald Berthold

Daß in Berlin nicht viel funktioniert, dürfte sich herumgesprochen haben. Zuletzt verlor der Senat vor Gericht gegen die AfD, die gegen die ideologisch motivierten Populär-Radwege geklagt hatte. Auch das politisch motivierte Verbot der Corona-Großdemo kippte die Justiz. Wer soviel Mist baut, braucht eine Schaufensterpolitik, um die in Massen zugewanderte linksgrüne Klientel bei Laune zu halten.

Mit dem „Diversity-Landesprogramm“ hat sich Berlin eine neue Sprache gegeben, die das Herz eines jeden schwäbischen Prenzlauer-Berg-Bewohners höher schlagen läßt, der schon Schnappatmung bekommt, wenn er nur das Wort „Asylbewerber“ hört. Doch nun kann er durchschnaufen: Denn die heißen in der Hauptstadt jetzt „Schutzberechtigte“.

In diesem Fall hebt Rot-Rot-Grün sprachlich nicht weniger als das Asylverfahren aus, in dem Ämter und Richter darüber entscheiden, ob jemand, asylberechtigt ist. Bei negativen Bescheiden entstehen dann die „abgelehnten Asylbewerber“, die weitaus größte Gruppe dieser Zuwanderer. Auch sie sind nun alle „Schutzberechtigte“. Die Landesregierung begründet die Umbenennung auf haarsträubende Weise: „Weil ein Grundrecht auf Asyl besteht: D.h. Menschen bewerben sich nicht um Grundrechte, sondern haben sie einfach.“

Das Diversitätsprogramm gilt für alle Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes. Koordiniert wird es von Justizsenator Dirk Behrendt. Der Grünen-Politiker machte gerade Schlagzeilen, weil er für seiner Ideologie widersprechende Äußerungen ein Meldesystem eingeführt hat – wohlgermerkt für Meinungen, die weder beamten- noch

strafrechtlich relevant sind. Behrendt nennt sie „demokratiefeindliche Tendenzen“ und fordert jeden Mitarbeiter auf, diese – auch anonym – zu „melden“. Der Beamtenbund (DBB) kritisiert die „Bespitzelung der Bediensteten“. Von einem „Spitzel- und Denunziationssystem nach DDR-Vorbild“ spricht der Personalrat eines Berliner Gefängnisses in einem Brief an den Senator. Wer sich aus Behrendts Sicht „demokratie-feindlich“ äußert, soll disziplinarische Konsequenzen zu spüren bekommen. Dafür fehle jede Rechtsgrundlage, empört sich der DBB.

Ob es auch schon unter „demokratiefeindlich“ fällt, wenn sich Beamte und Angestellte nicht an die nun geltende Sprachregelung des Senats halten, ist noch unklar. Sicher ist dagegen, daß hier hanebüchene Wortungetüme geschaffen worden sind, um die Wirklichkeit abzulösen.

Es geht dem Senat ausdrücklich darum, mit der neuen Sprache ein neues Denken zu etablieren und Menschen zu manipulieren. Wörtlich heißt es in dem Programm: „Die Neuro- und Kognitionsforschung hat gezeigt, daß sich mit dem Spracherwerb im Gehirn kognitive Deutungsrahmen, sogenannte Frames, formen. Über Sprache und die jeweils adressierten Frames können dann Assoziationen geweckt, Meinungen gelenkt und Handlungen beeinflusst werden.“

Daher tilgt das Land Berlin auch „illegale Migranten“ aus dem Denken seiner Beschäftigten und damit, so hofft der Senat, aus dem seiner Einwohner. Ausländer, „die ohne Genehmigung einreisen oder sich ohne gültige Papiere in einem Land aufhalten“, bekommen einen viel wohlklingenderen Namen: „undokumentierte Migranten“. Logik: Wo das „illegale“ fehlt, gibt es auch keinen Grund mehr für Abschiebungen. Der Senat hätte damit auch sprachlich seine Mißachtung des Rechts gerechtfertigt. Die Hauptstadt schiebt so gut wie keine Illegalen ab. Einer von ihnen konnte daher kürzlich auf der Stadtautobahn einen Terroranschlag verüben.

Aus Flüchtlingen werden „geschützte Personen“

Möglicherweise inspiriert von der Bundeskanzlerin, die für die Deutschen in Deutschland den Begriff „die schon länger hier Lebenden“ erfand, negiert der Senat nun auch das Wort „Ausländer“. Stattdessen muß es nun – keine Satire – heißen: „Einwohnende ohne deutsche Staatsbürgerschaft“.

Auch dem Begriff „Flüchtling“ geht es an den Kragen. Denn der sei „stark negativ besetzt“. Ob das an der hohen Kriminalitätsrate der illegalen Einwanderer liegen könnte, die als „Flüchtlinge“ ohnehin schon euphemistisch bezeichnet werden? Diesen naheliegenden Gedanken erwägt der Senat zu keinem Moment. „Flüchtlinge“ ist ein ursprünglich empathieerzeugendes Wort, das erst durch die Realität Ablehnung erfährt. Rot-Rot-Grün nennt sie nun „geschützte Personen“. Fragt sich, wie schnell auch der Ruf dieses Ausdrucks versaut ist, weil „schon länger hier Lebende“ Schutz suchen müssen vor „geschützten Personen“.

Ebenfalls grotesk wird es, wenn es um jene Ausländer geht, die in die Sozialsysteme einwandern. Da es laut Senat so etwas nicht gibt, weil – Achtung: wörtliche Begründung – dies „gesetzlich ausgeschlossen ist“, sei auch der Begriff „Wirtschafts-/Armutflüchtling“ diffamierend. Daher verkehrt Berlin Migration ins Sozialsystem nun ins Gegenteil und nennt es „Arbeitseinwanderung“.

Damit die Beamten wissen, was in der multikulturellen Gesellschaft auf sie zukommt, folgt noch ein kleines Glossar mit islamischen Begriffen wie „halal“ sowie „haram“ und wann genau Ramadan ist. Hier verweist der Senat tatsächlich auf den „islamischen Mondkalender“.

Bei der Bildauswahl sollen Frauen mit Kopftuch „positiv“ dargestellt werden. Als Beispiel zeigt der Senat ein Büro-Foto, auf dem eine Muslima drei eifrig zuhörenden weißen Männern in Chefpose erklärt, wo es langgeht. Vermutlich hätte statt der 78 Seiten allein dieses Motiv ausgereicht, um klarzumachen, was der Senat will.